

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Dr. Wernerstraße 6. Fernruf-Nr. 24675, 24676, 26055. Persönliche Zustellung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Inverkauf einzelblättern Manuskripten ist stets das Honorar beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 MZ. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 MZ. für Abnehmer wöchentlich 0,45 MZ. Postbezugspreis 2,50 MZ. durch Postboten ausgeteilt 2,50 MZ. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 MZ. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzel- und 80 Pf. im Paketpreis der „Wilmmer“, Hauptvertriebsstelle: Dr. Wernerstraße 6 Fernruf 24675, 24676, 26055 Postfachkonto 2919 Erlurt

Bindender Auftrag des Reichspräsidenten an Hitler: Parlamentarische Mehrheit suchen! Intrigen um die „nationale Konzentration“

Anstrengungen der Nazi-Rechte um eine schwarz-braune Koalition / Verhandlungsriff bis Donnerstag Bayern sagt: „Das gewagteste und gefährlichste Experiment der deutschen Politik“

Heber das Ergebnis der gefrigen Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler ist folgende amtliche Mitteilung ausgegeben worden: „Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der stärksten Partei des Reichstags ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten Montag nachmittag schriftlich zu übermitteln.“

„Feine Leute“ diktieren dem „Führer“

Der „Kuhhandel“ um die „nationale Konzentration“ geht weiter. Der grundsätzliche Gegner des „Nationalsozialismus“, Adolf Hitler, hat sich grundsätzlich bereit gezeigt, die Möglichkeit zur „Bildung“ einer parlamentarischen „Rechtsregierung“ unter seiner Führung zu prüfen. Einen entsprechenden Auftrag, den ihm der Reichspräsident am Montag erteilte, hat er entgegen allen Erwartungen feineswegs abgelehnt.

Hugenberg will sie nicht. Er will sie unter keinen Umständen unter Hitler. Wenn Hitler dennoch den Auftrag erhielt, den Verlaß zu einer Verständigung zu machen, dann nur um noch äußere zum Ausdruck zu bringen, daß auch er nicht in der Lage ist, für die „Rechtsregierung“ einen zufriedenstellenden Erfolg zu schaffen. Im Lager der Nationalsozialisten ist man sich über das „deutsche nationale“ Spiel völlig im Klaren.

über die hartzburger Freunde von gestern offen laut. Allerdings lief keine Rede von den weiteren Informationen aus den Schluß zu, daß ein „nationaler Konzentration“ an der Regierung bei den Nationalsozialisten allerdings keineswegs mehr besteht. Der Rückblick bei den letzten Wahlen hat ihren Modifizierung gegenüber ansehend stark gebämpft.

„Hindenburgs Auftrag an Hitler lautet, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag finden würde.“ Die Formulierung dieses Auftrags war ebenso mit der Formulierung der Hitler von Hindenburg in die Hand gebrachten Bedingungen bereits am Sonntag erfolgt.

In der Unterredung, die am Sonntag zwischen dem Reichspräsidenten und den Zentrumsführern Joos und Brüning stattgefunden hat, machte Goering seinem Herf-

So ist damit zu rechnen, daß das groß angelegte „nationaler Konzentration“ innerhalb 24 oder 48 Stunden wie das Hornberger Schicksal zu Ende geht

Neurath verhandelt

Um Deutschlands Mitwirkung in der Abrüstungskonferenz

Eigener Bericht

Gen., 21. November. Der Reichsaußenminister hatte am Montag eine längere Aussprache mit dem englischen Außenminister über die Möglichkeiten einer Rückkehr Deutschlands zu den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz. Von deutscher Seite wird betont, daß der deutsche Standpunkt nach wie vor unverändert sei, doch bringe man die Wiederbelebung Deutschlands das allergrößte Interesse entgegen. Englands Vorschläge würden dem deutschen Standpunkt schon mehr gerecht, doch müsse man jetzt erst feststellen, wie weit Frankreich geneigt sei, praktisch auf dem von England vorgeschlagenen Weg mitzugehen.

Bedenken in Bayern gegen Hitler

Kritik an der „nationalen Konzentration“ unter Führung der NSDAP.

Der Entschluß des Reichspräsidenten, Hitler mit dem Versuch einer Kabinetsbildung zu betrauen, hat bei der Bayerischen Volkspartei die schmerzlichen Bedenken ausgelöst. Im Laufe des Montag haben nach der Rückkehr des Parteivorstandes Schäfer von Berlin den ganzen Tag über Besprechungen der führenden Mitglieder der Bayerischen Volkspartei stattgefunden. Am Abend fuhr Schäfer wieder nach Berlin zurück, wo sich am Dienstag die Reichsorganisation der Bayerischen Volkspartei mit der politischen Lage beschäftigen wird. Nach der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz wird man sich Hitler gegenüber auf folgenden Standpunkt stellen:

„Es fragt sich, ob sich unter der Führung eines

„nationaler Konzentration“ vernünftigerweise verwirklichen läßt. Da die Bayerische Volkspartei an dem Gedanken dieser „nationalen Konzentration“ auch unter der veränderten Lage festhält, so muß sie nunmehr die Frage ernsthaft und reichlich prüfen, ob für sie in irgendeiner Form und in der bestimmten Voraussetzung irgendeine direkte oder indirekte Unterstützung des Hitlerischen Regierungsexperiments in Frage kommen kann. Es liegt auf der Hand, daß es sich hierbei um das gewagteste und gefährlichste Experiment der deutschen Politik handelt. Darum bedarf es reichlicher Überlegung, ob es die Bayerische Volkspartei auf sich nehmen kann, allerdings unter ganz bestimmten Bedingungen, der Bestellung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen. Diese Bedingungen müßten dahin gehen, daß ein verfassungsmäßiges Weiterregieren im Reich garantiert und die Durchführung einer nationalsozialistischen Parteistatur unter allen Umständen unmöglich gemacht wird. Die Bayerische Volkspartei könnte seinen Finger für eine Regierung rühren, die sich nicht einmischen verpflichtet, die Rechte der Länder zu achten und eine Reichsreform zu betreiben, die den Ländern das zurückgibt, was sie zur Aufrechterhaltung eines achten bundesstaatlichen Lebens brauchen. Unmöglich könnte die Bayerische Volkspartei ihre Zustimmung dazu geben, daß nicht nur die Führung der Reichsregierungen, sondern gleichzeitig auch die „Preußenführung in die Hände der Nazis“ kommt.“

„Wer diese Bedingungen formuliert hat, ist nicht schwer zu erraten. Sie sind Geist vom Geiste der Jugenberger und der Papen-Barone. Vielesicht war Hugenberg nicht persönlich dabei, als sie formuliert wurden, aber daß er von ihnen gemutet, bevor Hitler sie kannte, das steht außer allem Zweifel. Die Beziehungen des Herrn von Papen zu Hugenberg sind zu eng, als daß der eine dem anderen in letzter Zeit etwas verheimlichen hätte. Nur ist für uns die Frage offen, wer von beiden in diesen Ritzentagen mehr auf den Reichspräsidenten gegen Hitler eingewirkt hat und ob die Bedingungen an Hitler am Sonntag in Gegenwart des Herrn von Papen in der Reichshausung oder im Büro des Reichspräsidenten ihren letzten Guß erhielten. Das insbesondere Herr von Papen dabei war, dürfte er selbst am wenigsten bestreiten wollen. Er hat seit jeder nach dem Grundlag behandelt, daß eine Sache der anderen wert ist.“

Hitler hat den Ball, den ihm Hindenburg zugeworfen hat, am Montagabend zurückgeworfen. Er hat die Bedingungen des Reichspräsidenten mit einer Reihe von Fragen an den Reichspräsidenten Hindenburg beantwortet, die am Dienstag erfolgt werden sollen. Dabei geht es weniger um den Willen, allen Erfolgen eine „nationale Konzentration“ zustande zu bringen, als darum, wer schließlich der Sündenbock ist, wenn die „nationale Konzentration“ scheitert. Schon die Art, wie die Bedingungen an Hitler zustande gekommen sind, zeigt, welches Spiel um die „nationale Konzentration“ gegen-

Nazi-„Hilfspolizei“

Braunes Gefindel in Oldenburg

Eigener Bericht
Oldenburg, 21. November. Welches Gefindel im Paradies Oldenburg von der Naziregierung als Hilfspolizei eingestellt worden ist, bewies eine Verhandlung vor dem Landeshöfgericht in Oldenburg.

In Rätzlingen hatte der in Uniform befindliche Obermartrale Tegethoff von der Reichsmarine das Red, in der Dunkelheit eine Scheibe einzufallen. Der Martrale wollte dem Beläger den Scheiben zerlegen. Anwesenden waren aber zwei Schutzpolizisten erschienen, die sofort mit dem Gummihüpfel auf den Martrale losgingen. Er schlugte, wurde aber eingeholt, so Boden geschlagen und „bearbeitet“. Noch auf dem Polizeirevier legten die „Ordnungspolizisten“ ihre Mißhandlungen vor, so daß der Obermartrale der Reichsmarine in seinem Gutachten feststellte: Der Martrale müßte „wie ein Stille Dieb“ behandelt worden sein. Noch sechs

Boden later war das Auge des Soldaten blutunterlaufen. Obendrein erfolgte gegen ihn eine Strafangeige. Angesichts der geschützten Polizeimethoden sprach das Gericht den Martralen frei. Die Arbeiterkammer von Wilhelmshafen und Rätzlingen kennt aus eigener Erfahrung zahllose ähnliche Fälle von Mißhandlungen und Provoktionen durch die Nazi-„Hilfspolizei“.

Nazi-Oppositionsblock

Das Verhältnis zwischen Hitler und Röhm

Eigener Bericht
Hannover, 21. November. Die nationalsozialistischen Oppositionsgruppen aus Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Braunschweig, Mitteldeutschland, Sachsen und Schlesien schlossen sich in Hannover zu einer Partei zusammen. Hitler und seiner Partei wurden während der Besprechungen eine ganze Reihe von Freundschaften gewidmet. H. a. wurde besprochen, daß

Amerikanischer Gewerkschaftskongreß

Eigener Bericht

New York, 21. November. Der heute in Cincinnati beginnende Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes steht im Zeichen der Arbeitslosenversicherung. Der Vorstandsbericht fordert neben einer durchgreifenden Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschäftigung ein Verfassungsreform unter einzelstaatlicher Kontrolle, dessen Kosten ausschließlich vom Lohnnehmern getragen werden sollen. Die Exekutive hebt den Wechsel gegenüber der bisherigen Haltung hervor, der durch das Verlangen der Privatwirtschaft und durch die Rückzahlung der gewerkschaftlichen Warnungen erwungen wurde. Die Exekutive schlägt eine dreiprozentige Mindestabgabe der Industrie zu dem Verfassungsbund vor. Die Mitgliedschaft des Gewerkschaftsbundes ist im letzten Jahre von 2 889 000 auf 2 582 000 zurückgegangen.

Erinnerungen an die „autoritären Zustände“ der Vorkriegszeit Als Krupp noch herrschte

Erbsätze in Westdeutschland

Die Bevölkerung Westdeutschlands und besonders des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wurde in der Nacht zum Montag gegen 11 Uhr durch einen heftigen Erdstöß in erheblichen Schrecken versetzt. Der Erdstöß war so stark, daß die Bevölkerung aus den Wohnungen die Möbel wanderten und kleinere Einrichtungsgegenstände, wie Lampen und Vorkellen umfielen. Schäden schied jedoch nach den bis gegen 2 Uhr morgens vorliegenden Meldungen aus Koblenz, Köln, Mülheim, Duisburg, Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Wuppertal, Dortmund, Aachen, Gladbach, Alheydt, Kanten, Elmberg a. d. Ruhr und anderen Städten nicht angerichtet worden zu sein. Wie aus den verschiedenen Meldungen weiter hervorgeht, dauerte der Erdstöß zwei bis dreißig Sekunden.

Der Kronenprinz stirbt Und Wilhelm II. zerstreut das Reich

Vor 30 Jahren, am 22. November 1902, verstarb der Kronprinz Friedrich Alfred Krupp. Er war der letzte männliche Sproß der gewaltigen Zedlner- und Industriemacht dieser V. Krupp in Essen an der Ruhr. Wenn die sozialdemokratische Presse heute daran erinnert, dann geschieht das nicht deshalb, um einen Fall aufzureißen, der die damals herrschenden Kräfte auf schamlose Kompromittierung. Wir wollen nur das autoritäre System, von dem jetzt wieder einmal so viel die Rede ist, charakterisieren. Denn das, was sich vor 30 Jahren in der Kronenzeit an der Ruhr ereignete, war ein Stückchen autoritären Systems, das vielleicht dem autoritären System der Vorkriegszeit den bestmöglichen Stoß versetzt.

Friedrich Alfred Krupp hatte nicht die technische und kaufmännische Genialität seines Vaters, war nicht der reifste Industrielle, der aus der ganzen Welt Aufträge für seine Rüstungsbetriebe zusammenbrachte. Er war weidlich, nicht von dem Stahl und dem Eisenhohlgießwerkzeug, lebte den größten Teil der Jahre, fern von seiner rheinisch-westfälischen Heimat, im Kreise seiner Freunde auf der im Golf von Neapel gelegenen Insel Capri. Unter der Mittelmeersee, auf der herrlichen Insel der blauen Grotte, lagte ihm das Leben mehr zu als in der rufgeschwängerten Luft seiner Vaterstadt. Hier, auf Capri, bewohnte er ein Schloß, das einem Souverän Ehre gemacht hätte. Bald tauchten über ihn Liebe und Treiben im Freundeskreis von Capri die tollsten Gerüchte auf. Es wurde von homosexuellen Dingen im Schloß des „Fürsten von Capri“, wie man den deutschen Großindustriellen allgemein nannte, berichtet. Als die Dinge schon längst internationalen Charakter hatten, kamen zwei sozialdemokratische Zeitungen, die damalige „Dortmunder Arbeiterzeitung“ und der Berliner „Vorwärts“ den Fall aufgriffen und ihn, weit entfernt von jeder Brüderlichkeit, kritisch betrachteten. Es wurde lachend darauf hingewiesen, daß die Vorgänge auf Capri das deutsche Ansehen im Auslande schwer schädigten. Das Problem des § 175 des deutschen Strafgesetzbuches war dabei mahdoffl erörtert, die homosexuelle Anlage als transtatische Anlage bezeichnet.

Von den Geheimnissen auf Capri wußte, bei der ganzen Einstellung der deutschen Presse natürlich das Ausland mehr als das deutsche Inland. Die Mitteilung der beiden sozialdemokratischen Zeitungen erregte deshalb in Deutschland das größte Aufsehen. Obwohl die von „Vorwärts“ und von der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ gebrachten Behauptungen in allen Einzelheiten benachbart waren, wurden sie von den Beteiligten bestritten.

Damals ereignete sich etwas, was lebhaft an den Kampf gegen die Sozialdemokratie in den letzten Jahren erinnert. Die gesamte bürgerliche Presse lief über die Sozialdemokratie her. Die Sozialdemokraten wurden in unerhörter Weise beschimpft und verächtlich. Geld spielte keine Rolle, um die Fahrgenossen gegen die Sozis zu führen. Natürlich erhob die Staatsanwaltschaft gegen die verantwortlichen Redakteure der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ und des „Vorwärts“ wegen verleumderischer Beleidigung Diffamationsklage.

Somit waren die Dinge gegeben, als der Kronenprinz Krupp von Capri nach Essen an der Ruhr zurückkehrte und Wohnung in seiner miterbittern Villa auf Hügel nahm. Man nahm an, der Kronenprinz wolle sich persönlich die wider ihn erhobenen Behauptungen stellen. Dann kam die zweite Lebenskrise. Friedrich Alfred Krupp starb plötzlich am 22. November 1902. Ohne vorher trank gewesen zu sein. Ein großes königliches Blatt, das heute noch Geltung für ganz Deutschland hat und Exponent der deutschen Industrieemigration ist, brachte auf der ersten Seite am 23. November 1902 die Meldung, Krupp sei freiwillig aus dem Leben geschieden. Das Direktorium der Krupp-Werke leitete die ersten bürgerlichen Presse diese Darstellung. Aber eine Berichtigung des oben erwähnten großen rheinischen Blattes, das den Krupp-Werten durchaus nicht fern stand, ist nie erfolgt. Wir haben auch später von Beteiligten gehört, daß von den Krupp-Werten aus auch nicht der Versuch gemacht worden sei eine solche Berichtigung zu erzwingen.

Rund die dritte Lebenskrise. Der letzte Hohenzoller, Wilhelm II., begab sich persönlich nach Essen, um als erster dem Sarg seines intimen Freundes Friedrich Alfred Krupp durch die Straßen Essens nach einem monumentalen Ruhezuge neben dem Essener Hauptbahnhof zu folgen, wo der Sarge aus der Krupp-Dynastie beigesetzt wurde. Natürlich ging es bei Wilhelm II. dabei nicht ohne jene berühmten Reden ab. Vor der Essener Kruppischen Arbeiterzeitung hielt er jene berühmte Rede, in der er die Essener Arbeiterzeitung aufforderte, das Tischgespräch zwischen sich und der Sozialdemokratie endlich zu zerbrechen.

Diese unzulängliche und fahrgeschwollene Rede war das Signal zum Ausbruch der Sozialdemokratie im rheinisch-westfälischen

Schloßpark. Bei der nächsten Reichstagswahl, im Jahre 1903, verdrängten sie sich in Essen die sozialdemokratischen Stimmen. Der Reichstagswahlkreis Gelsenkirchen-Bochum konnte von dem Essener Otto Hue für die Sozialdemokratie gewonnen werden. Bis dahin herrschten in den Krupp-Betrieben die Gelben die sich später, während des Zusammenbruchs nach dem Weltkrieg, etwas losgebunden, wie die Berliner Nazis bei Gelegenheit des Dreyfußstreiks. Die freien Gewerkschaften wurden von den Kruppischen Werken jahrelang ferngehalten. Nach der erwiderten Rede Wilhelms II. konnten die Gewerkschaften bei Krupp endlich leben lassen.

Um den Tod des Kronenprinzen bildeten sich tolle Gerüchte. Es wurde ganz ernsthaft behauptet, er sei gar nicht tot. Man habe mit der Beeridigung eine unerhörte Komödie gespielt. Krupp sollte mit seinem Antimus, dem Bismarck-Krieger Allers, irgendwo in der Welt untergetaucht

sein. Wahr ist wohl nur, daß Allers mit dem Tode Krupps von Capri verschwand und nie wieder aufgetaucht ist. Interessante Kreise hängen der Sozialdemokratie auf, sie hätte eine Prämie für denjenigen ausgelegt, der sich an Ort und Stelle überzeuge, ob Krupp wirklich in Essen begraben sei. Um diese Behauptung glaubhaft zu machen, wurde das Grab Krupps jahrelang von einem Feuerwehmann bewacht. Aber auch diese Behauptung hinderte den Vormarsch der Sozialdemokratie nicht. Auch ist es niemals zu einem Versuch gekommen die sozialdemokratischen Redakteure, von dem oben gesprochen wird, gefangen. Kurze Zeit nach dem Tode ihres Mannes nahm die Witwe Friedrich Alfred Krupps, eine geborene Freiin von Ende, den Strafantrag gegen den „Vorwärts“ und die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ mit der Begründung zurück, daß sie nach dem Ableben ihres Mannes kein Interesse mehr an der Aufrichtung des Falles habe.

Die Beratung des Lytton-Berichtes

Völkerbundrat und Mandatschurenkonferenz

Eigener Bericht

Genf, 21. November.
Der Völkerbundsrat begann am Montag mit der Beratung des Mandatschuren-Berichtes der Lytton-Kommission. Von China ist Außenminister Wellington-Koo anwesend. Japan hat den früheren Präsidenten der Mandatschuren-Eisenbahn Matsuda entsandt. Die außerordentliche Bedeutung der Tagung wird unterstrichen durch die Anwesenheit der Außenminister von England, Deutschland, Tschechoslowakei sowie der sibirischen Delegierten der übrigen Reichsmächte, unter ihnen Paul-Boncour für Frankreich und Musulinis für die Sowjetunion. Angezogen ist das Angebot der chinesischen und japanischen Delegation, sowie der Anbruch von Presse und Publikum.

Die Sitzung wurde von der Balera eröffnet, der an die Einlegung der Lytton-Kommission durch Ratsschluß am 10. Dezember 1931 erinnerte, der Kommission dankte und feststellte, daß der Bericht eine feste Richtlinie für Entscheidungen in dieser schwierigen Frage liefere. Die Aussprache über den Bericht wurde eröffnet von Matsuda-Japan: Der Bericht stelle eine wertvolle Schilderung der Ereignisse dar, und enthalte ganze Kapitel, mit denen Japan völlig übereinstimme. In dessen entpanden viele feiner Schlüsselerörterungen nicht dem, was ein längeres Studium aufgezeigt hätte. Die Lage Chinas sei zu vertrauensvoll geschildert. Durch die eigenen Bürgergerichte der Generale habe sie sich in den letzten zehn Jahren immer wieder verschlechtert und sei eine Bedrohung für Japan geworden. Die Gefahr des Kommunismus sei sehr hoch gerichtet. Die Fremdenfeindschaft habe alle anderen Mächte veranlaßt starke Garnisonen und Kriegsschiffe in China zu unterhalten. Nirgends sonst auf der Erde sei dies notwendig. Japan habe weniger Truppen und Kriegsschiffe in China wie England oder Amerika. Das beweise seine friedlichen Absichten. China sei kein organisierter Staat. In der Mandatschuren habe sich die Fremdenfeindschaft nur gegen Japan gemant, das so lange neidlich gewesen sei.

Japan habe die Mandatschurenfrage nicht vor dem Völkerbund zur Sprache gebracht, weil das japanische Nationalgefühl eine ausdrägere

Intervention in der Mandatschuren nicht ertragen hätte, die Lage der Japaner in der Mandatschuren während der langen Probezeit gefährdet gewesen wäre und die japanische Mentalität und die des Ostasiens grundverschieden seien.

Der Bericht des Ostasiens diskutierte nicht lange, ehe die Lage unhaltbar werde, während der Japaner viel zu lange warte in der Hoffnung auf eine gütliche Lösung. Japan aber bestreite die Auffassung des Berichtes, daß die Mandatschuren ein untrennbarer Bestandteil Chinas gewesen sei. Nur der Wille ihrer Diktatoren habe sie mit einer oder der anderen chinesischen Regierung gelegentlich verbunden. Die Errichtung des Mandatschuren-Staates sei die einzig mögliche Lösung. Ziehe man eine andere Lösung auch nur in Betracht, so müßte die gesamte Rage im Fernen Osten schwerer Störungen ausgesetzt werden. Japan könne daher eine andere Lösung überhaupt nicht in Betracht ziehen.

Genf, 21. November.
Am Montagmorgen hörte der Völkerbundsrat die Darlegungen des chinesischen Außenministers Wellington-Koo zum Lytton-Bericht.

Chinas Volk und Regierung hätten — so führte der chinesische Außenminister aus — den Bericht anerkannt. Während der Reise der Kommission sei er als chinesischer Beifahrer dauernd von japanischen Detektivten umgeben gewesen, die ihm viele Schwierigkeiten gemacht hätten. China sei kein unorganisiertes Land.

Zur Lösung des Mandatschurenkonflikts selbst erklärte der chinesische Außenminister, daß sie in der außerordentlichen Völkerbundsversammlung erfolgen müßte, während Japan bisher immer noch geholt hatte, mit dem Rat allein durch Verhinderung der Einstimmigkeit fertig zu werden China werde seine Vorschläge später machen.

Angreift die unerforschlichen Schärfe, mit der die Standpunkte der Parteien einander gegenüber übersehen, wagt keine Ratsmacht am Montag irgendeine Äußerung. Der Präsident vertagte die Diskussion schließlich auf Mittwoch.

Die Schlachtsteuer in den Naziländern

Ausreden der „nationalen“ Regierungen in Oldenburg, Braunschweig und Mecklenburg

Gegenüber der blamablen Tatsache, daß die nationalsozialistischen Regierungen in Oldenburg und Braunschweig die Schlachtsteuer eingeführt haben und die Nationalsozialisten in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz die Schlachtsteuer in den nächsten Tagen einführen werden, sammeln die Nazis eine Entschuldigung, daß es so schlimm mit der Schlachtsteuer gar nicht wäre. Nach einer Veröffentlichung der nationalsozialistischen Zeitung in Mecklenburg-Schwerin soll die Schlachtsteuer auf den Landwirt und den Regger überhaupt nicht auswirken. Natürlich soll aber auch der Konsum nicht geschädigt werden. Man fragt sich, wer nun die Hunderte von Millionen Mark, die die Schlachtsteuer in den einzelnen Ländern tatsächlich erbringt, zahlt.

Die Dinge liegen so, daß sich in der Zeit der Deflation, wo das Angebot weit größer ist als die Nachfrage, die Schlachtsteuer auf den Regger und den Landwirt zurückfallen muß. In der Zeit der aufsteigenden Konjunktur, wo die Nachfrage nach Fleisch wächst, dürfte es möglich sein, die

Schlachtsteuer zum größeren Teil auf die Verbraucher abzumäßen. So liegen die Dinge grundsätzlich. In der Praxis bleibt es natürlich bei einer Belastung aller Gruppen, der Erzeuger, des Handels, der Arbeiter und der Konsumenten, nur daß je nach der Konjunktur, einzelne Verschickungen stattfinden.

Das lehrt die Beobachtung, wie sich die Schlachtsteuer im Berliner Bezirk ausgemirkt hat. Dabei verglichen wir, um Saisonvermutungen auszuschalten, den Monat Oktober 1932 mit dem Monat Oktober 1931. In dieser Zeit ist, in gewogenem Durchschnitt, der Fleischpreis (Reinhandelspreis) im Berliner Bezirk um 11 Pfennig zurückgegangen, der Viehpreis um 10 Pfennig. Nun muß man dabei den Deflationsdruck, die Preisabschwächung binnen eines Jahres infolge der Krise, berücksichtigen und ausrechnen.

Das kann man, wenn auch nicht haarscharf, aber doch so, daß die Ergebnisse allgemein Gültigkeit haben, mit Hilfe des entsprechenden Index. Danach ergibt sich folgendes: Von Oktober 1931 bis Oktober 1932 ist der Viehpreis

Zuchthaus für Altona

Hamburg, 21. November.

In dem großen Woch gegen die schleswig-holsteinischen Vombenattentäter, in dem 40 SS-Beute und Führer der 4. Standarte und der Reichstagsabgeordnete Mober angeklagt waren, wurde heute vormittag von dem Vorsitzenden des Altonaer Sondergerichts das Urteil verkündet. Das Gerichtsgeschehen war durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert und die Bank der Angeklagten waren ebenfalls von einer Reihe von Schutzpolizisten umgeben. Unter größter Spannung gab das Gericht das Urteil bekannt. Es wurden verurteilt: der Standartenführer und Reichstagsabgeordnete Mober, der Sturmführer Gressich und Staatsmann wegen Verbrodens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes und bei den beiden letzteren in Tateinheit mit Verbroden gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes Mober zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Gressich zu 6 Jahren Zuchthaus, Staatsmann zu 5 Jahren Zuchthaus, der Sturmführer Plahn wegen Verbrodens gegen §§ 5 und 7 des Sprengstoffgesetzes zu einer Gesamttate von 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Acht Angeklagte erhielten je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, acht Angeklagte erhielten wegen Verbrodens gegen § 13 des Sprengstoffgesetzes und wegen Begünstigung insgesamt 36 Monate Gefängnis.

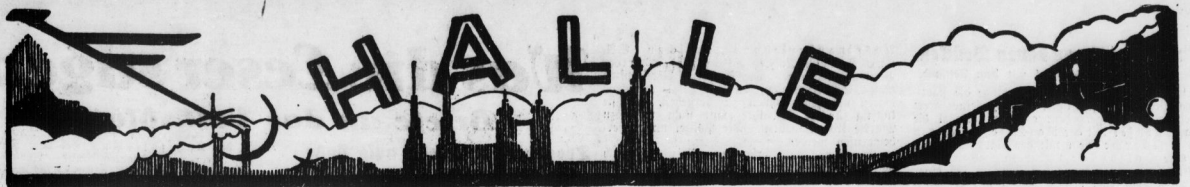
13 Angeklagte wurden freigesprochen, teils aus Mangel an Beweisen, teils weil das Gericht eine Nichtbeteiligung an den Verbroden für erwiesen erachtete. Gegen sieben Angeklagte, die zu der Verhandlung nicht erschienen waren, wurde das Verbrechen abgeurteilt.

Die hier wegen Sprengstoffverbrodens mitverurteilten Mober und Gressich sind inzwischen zu Reichstagsabgeordneten auf der Liste als anerkannt. Sie sollen, wenn man sie freiläßt, dazu beitragen, die „nationale Konzentration“ unter Hitlers Führung eine parlamentarische Basis erhält.

pro Pfund, immer in gewogenem Durchschnitt, im Berliner Viehpreisindex um 25 Pfennig zurückgegangen. Der Konsumpreis hat sich um 0,5 Pfennig verringert.

Die Spanne ist dagegen um 2 Pfennig gestiegen. Der Betrag von 4,5 Pfennig, der sich aus dieser Entwidkung ergibt, entspricht ungefähr dem Betrag, der als Schlachtsteuer pro Pfund gezahlt werden mußte. Für den Konsumanten ergibt sich erst einmal folgendes: Die Preisermäßigung macht für ihn nur einen halben Pfennig aus anstatt 2 1/2 Pfennig. So groß hätte mindestens auf Grund der Viehpreissteigerung die Fleischermäßigung sein müssen, wenn die Schlachtsteuer nicht eingeführt worden wäre. Von den 4 1/2 Pfennig Schlachtsteuer geht rund die Hälfte, zu Lasten des Reggers und des Zwischhändlers, die andere Hälfte zu Lasten des Bandwirts.

Besetzt werden also alle Gruppen: die Bandwirte, der Handel, die Regger und die Verbraucher. Nur die Nazis behaupten, die sie das nicht so wäre, um ihre Demagogie, die sie mit der Fleischsteuer getrieben haben, zu vertuschen.



„Hitler, wie ihn keiner kennt“

So lautet der Titel eines Buches mit etwa 100 Bildern aus dem Leben eines Menschen, der zur Zeit alle Wunden springen läßt, um Kämpfer der Deutschen Republik zu werden. Der von uns bereits mehrfach abgebildete Baldur von Schickel schreibt darin, daß Hitler sich immer dagegen geäußert habe, Objekt der Photographen zu sein; er sei ein erklärter Feind der Kamera gewesen. Auf der nächsten Seite aber heißt es, die 100 Photos seien aus vielen Tausenden ausgewählt.

Um die Wirkung des Bilderbuches auf ein gänzlich unbereinigtes Gemüt zu prüfen, gab ich es meiner völlig unpolitischen Zimmerwirtin. Sie erhielt es mit der Bemerkung zurück: „Sagen Sie mal, das haben wohl die Zinken herausgegeben, um Hitler zu verurteilen.“

Das Bildersbuch festgedruckten Worten sollen Hitlers hervorsteckende Eigenschaften Kraft und Güte sein; er sei ein großer, guter Mensch, aber das erste Bild zeigt ihn uns mit der dunkel-perrücken. Im Felde triebelte er zwei Säpfer auf ein Blatt Papier. Baldur meint, das seien Dokumente für den Architekturbau des Führers. Er habe besonders Verständnis für die Lage der Wanderrichter. Bemeist: sein Vater habe sich auf einer kleinen Bauernkultivator zur Ruhe gesetzt. Wie in ähnlicher Lage jeder Schulung laßt Hitler auf ein neben ihm liegendes Flugzeug. Unterschrift Hitlers großes Interesse für das Flugwesen. Er bestaunt eine Rettungsstation für Schiffbrüchige. Unterschrift: Sein Interesse für die Schiffahrt ist unbegrenzt.

Dann wird auf Bildern gezeigt, wie „Er“ isst, trinkt, lacht, schläft, Weihnachten schneidet, wie er telefoniert, wie er im Auto fährt, wie er im Auto sein Nickerchen macht. Walter Lippgen. Nichts Besondere. Warum? Weil das eben das Wesentlichste an „Him“ ist. In Weimar hat er sich neben der Büste Friedrichs dieses Bildes hingelassen. Das Bild ist gutdort.

Das Bildersbuch kostet 2,85 M. Soweit ist der Spaß nicht mehr. Ich erlaube es für 1,50 M. bei einem Antiquar, der es einem republikanischen Regimentsführer für 30 M. abgekauft hätte. Ich habe 75 M. dafür angelegt, weil dieses Buch für mich ein psychologisches Dokument ist. Es beantwortet die Frage: Wie muß im Lande der Dichter und Denker ein Mann beschaffen sein, der ein reichliches Drittel aller erwachsenen Deutschen für sich begeistern konnte? Es wird eine Zeit kommen, wo dieser Spatz verloren sein wird, wo Millionen schamhaft verschweigen, auf diesen weltgeschichtlichen Bluff hineingefallen zu sein.

Kämpfen wir für diese Zeit!
R. M.

50 Tze quartiere gesucht

Die SAJ. hält kommenden Sonntag und Sonntag, den 26. und 27. November, einen Bezirksfunkionskongress in Halle ab. Wer ist bereit, einen Jugendlichen bei sich übernachten zu lassen? Wohnungen erbitten wir umgeben an das Bezirksreferat, Post 42/44, Hinterhaus II. und in der Konsumverkaufsstelle Dutenstraße.

Die Bezirksleitung der SAJ.
H. A. Arno Schulz.

Und nun an die Bildungsarbeit

Fünf Wahlkämpfe in einem halben Jahr haben die innere Arbeit in der Bewegung notgedrungen vor der notwendigen Wirksamkeit noch außen zurücktreten lassen. Und doch darf über die Wirkung in die Breite nicht die Verleistung im eigenen Kreis vergessen werden.

Die Eisene Front braucht Kämpfer, die eifern in der Überzeugung und fest in ihrem sozialistischen Willen, auch andere zu überzeugen vermögen. Die Wahlkämpfe liegen hinter uns; die Revolutionsfeier brachte die Erinnerung an die Entstehung der Republik, die Befestigung unseres Willens uns zum deutlichen Bewußtsein. Nun setzt die Arbeit ein, unser Wissen zu erweitern und zu vertiefen, unser Denken im regen Meinungsaustausch zu klären, unseren Weg klar vorzunehmen zu erkennen.

Am **Montag, dem 28. November,** abends 8 Uhr, beginnt die Kurstätigkeit der Partei. Als Kurstafel ist das für diesen Zweck besonders geeignete Jugendheim der Sozialistischen Arbeiterjugend zur Verfügung gestellt worden.

Alle Genossinnen und Genossen, die ein Interesse an ihrer weiteren Ausbildung haben, sind berechtigt, an dem Kursus über die Ge-

schichte der sozialistischen Arbeiterbewegung teilzunehmen, den Genosse Reichhold Schölkopf leitet.

Die vier Abende werden sich mit den folgenden Fragen beschäftigen:

1. Abend: Die vorwärtliche Arbeiterbewegung. Von den französischen und englischen Ursprüngen zu Weiling. Von Weiling zu Marx. Der Bund der Kommunisten. Deutsche Märzrevolution.

2. Abend: Die nachwärtliche Epoche. Die Stürme der Reaktion. Die Kämpfe des liberalen Bürgertums. Die Arbeiterbildungsvereine. Von Lassalle zu Bebel. Der deutsch-französische Krieg. Der Kongreß von Gotha.

3. Abend: Vom Sozialistengesetz zum Weltkrieg. Der Aufstieg der Sozialdemokratie. Bismarcks Feldzug. Der Aufstieg der Wirtschaft. Revisionistische Strömungen. Gewerkschaftliche Erfahrung. Der Weltkrieg.

4. Abend: Die Nachkriegsepoche. Die Spaltung der Bewegung. Laftische Probleme. Sozialistische Tendenzen der deutschen Politik. Die Arbeiterschaft in Weimar.

Diese Disposition ist auszuschneiden und aufzuheben. Und nun: Zuzug für einen neuen Kursusbesuch!

Organisiert die Abwehr des Krieges!

Nicht die Abwehr der Kriegsmittel

Es ist jetzt eine beliebte Methode im Schwanz, mittels Darstellung der Greuel kommenden Kriege durchaus passivistische Gemüter wieder schonungslos mit dem Militarismus vertraut zu machen: Man nimmt ein Zipselchen des Kriegsgewaltens, büchset es liebevoll und Eingeweihte kennen dann schon an den Untertönen die ganze militärische Muffe. So geschieht es jetzt mit den Luftschutzübungen und -übungen, an deren Durchführung selbstverwundliche Ausgebildete Militärs — wie man geworden sind, nur ihre republikanischen Ranten zu verschleien — ein besonderes Interesse finden.

Auch in Halle haben wir seit einigen Tagen eine Ortsgruppe des Deutschen Luftschutzverbandes — der wer weiß von was für öffentlichen Mitteln und Subventionen lebt. Diese Ortsgruppe veranstaltete am Sonntag im Zoolia-Zoo eine Luftschutzübung. In dieser Veranstaltung, die uns im übrigen gar nicht interessiert, wurde das „Volkswort“ wegen seiner ablehnenden Haltung in der Luftschutzfrage von Redner heftig angegriffen. Dem Schreiber unseres letzten Artikels „Zang der Gasmasken“ wurde vorgeworfen, daß er von den Dingen keine Ahnung habe. Wir können darauf nur antworten, daß man mit solchen Behauptungen vorzüglich leicht möge — der Artikelreferent ist mit den Dingen bestimmt fester in Verbindung gekommen als die Herren Majore, die nur bei der Organisation des Krieges immer an der Front sind. Im übrigen: behauptete der Redner, Sebering habe als preußischer Innenminister den Luftschutzgedanken ebenfalls gefördert. Diese Laubade kann uns in unserer Haltung absolut nicht erschüttern; wir billigen durchaus nicht alles, was unsere Minister einmal getan haben.

Ganz entchieden absehen müssen wir aber, daß man uns mangelhafter Liebe zu unserem Lande zeugt. Nach der „Saale-Zeitung“ hat der Verfasser des Krieges bewiesen, daß die völlige Vernichtung Deutschlands sei das einzige militärische Ziel der Luftschutzübungen gegen feindliche Luftangriffe. Diese Ausführungen sind eine glatte Verleumdung. Wir haben in unserem Artikel ausgeführt, daß nicht Luftschutz uns vor den Schrecken des Krieges bewahren kann, sondern Kriegsgeld, d. h. eine Politik, die uns vor einem Krieg bewahrt.

Gewiß, der Krieg ist grauhaft — zwar weniger für Majore und Geschäftsführer als für das Volk — aber nicht nur Luftangriffe bringen Tod und Verderben. Wenn man schon organisiert, warum nicht mit gleichem Recht Organisationen für Auffklärung über die Gefahren der schweren Artillerie, über die voraussichtlich tödlichen Wirkungen der Sonnenstrahlung, zur Vorbereitung aller Maßnahmen gegen Giftgrünpe und Ungewißheit und zum Selbstschutz gegen eine durch den Krieg erzeugte Inflation? Die Organisation der Abwehr einzelner Kriegsmittel muß immer Stützwerk bleiben, wenn man den Krieg nicht selbst abwehrt. Aber daran hat die Kriegsmittel- und Kriegsabwehrmittelindustrie kein Interesse!

„Wanderrichter in Deutschland.“ Bei den Sozialistischen Studenten spricht über dieses Thema am Mittwoch um 20 Uhr Professor Dr. E. M. von der Universität Jena im Hörsaal 14 der Unterstadt. Karten, die zum Eintritt berechtigen, werden unentgeltlich im Zimmer 14 der Straße „Zur Zölpe“ ausgegeben.

Wieder Stadtverordnetenfigung

Am kommenden Montag soll wieder mal eine Sitzung der Stadtverordneten stattfinden. Es war nicht etwa die letzte Reichstagswahl, die eine Einberufung des Stadtparlaments unumwidrig erscheinen ließ. Dieses monatliche Neben der parlamentarischen Arbeit auf dem Stadthaus ist begründet in der Tatsache, daß es an Vorlagen des Magistrats fehlt, weil ja jetzt unter der „grundrißlich neuen Staatsführung“ dem Magistrat weitestgehende Vollmacht zur selbstherrlichen Entscheidung über alle Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen eingeräumt sind. Jetzt sollen die Stadtväter wieder mal zusammenkommen, um neben einigen unbedeutenden Magistratsvorlagen die in der Septemberfigung verlagerten kommunikativen Anträge und, wenn es irgendwie geht, auch gleich den Etat für das am 1. April begonnene Rechnungsjahr in Aufsicht und Fokus zu verabschieden. Da auch einige sehr wichtige sozialdemokratische Anträge vorliegen, kann mit einer Dauerfigung gerechnet werden.

Reichsbanner antreten!

Von der Breitestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Driverein Halle, sind uns geschrieben:

Der rasche Sturz des Herrn von Papen verleiht jeder mündigen zu der ganz und garigen Auffassung, daß nunmehr alles wieder in schöner Ordnung ist. Die Gefahren des Faschismus wie der dunkelsten Reaktion sind jedoch noch lange nicht beseitigt. Auch eine teilweise Beteiligung von Nationalsozialisten an der Regierung des Reiches und Preußens bedeutet eine ständige Bedrohung der Freiheit und der Rechte des Volkes. Immer wieder gilt es daher, die Reihen der Freiheitskämpfer zu juchern, zur Abwehr wie zum kraftvollen Vortragen offener Kämpfe. Die Grundlagen der Verfassung von Weimar müssen verteidigt und erhalten werden, auf ihnen muß

die Sammlung aller Kräfte des sozialen Volkstaates

besteht werden, um von dieser Basis aus vorzustoßen zu dem großen Ziel der endgültigen Befreiung von wirtschaftlichen und sozialen Leid. Nachdem in Bremen von der Bundesführung und den Führern der deutschen Gaue die Wichtigkeit unseres weiteren Kampfes beschlossen worden sind, gilt es jetzt, in den Ortsgruppen und Untergenerationen die praktische Einleitung des neuen Kampfes zu beschließen. Hierbei über den Weg und das Ziel müssen auch bei dem letzten Kampf der Eisernen Front vorhanden sein, gepaart mit unserem Willen zum disziplinierten Handeln. Darum rufen auch wir, nach der färgen Kampfpause nach den Wahlen, alle unsere Freunde wieder auf zur Arbeit und zum Kampfe. In der morgigen großen Mitgliederberammlung des gesamten Drivereins im „Volkspark“ wird ein Vertreter des Bundesvorstandes über die neuen Aufgaben des Kampfes sprechen. Kein Reichsbannerläufer darf fehlen; auch die Sammelblätter sollten nicht veräuern, an dieser Berammlung teilzunehmen.

Es gilt dem Kampfe für Freiheit und Recht!

Wegen einer Strafbewährungsmaßnahme für gelten eine 19jährige Radfahrerin in der Ludwigs-Bucherer-Straße. Sie fürzte lo unglücklich, daß sie in beunruhigendem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

KEIN X FÜR EIN U
SÖNDERN
JUNO
QUALITÄT

Juno-Raucher lassen sich nichts vormachen.

Jhr Geschmacksempfinden ist ein feines, ihre Ansprüche sind so hoch, daß allein die erlesene **JUNO**-Qualität sie zufriedenstellt.

Von der Erkenntnis durchdrungen, daß Zugaben unsachlich sind und einkalkuliert werden müssen, lehnen alle Juno-Freunde einmütig Wertmarken, Gutscheine und Slickereien ab.

Denkende Raucher haben das erkannt!

6 STÜCK 20 S

Was die Leser sagen

Briefe an das Volksblatt

Zimmerlehnungs bauen Brücken

Verhütung der Rotenpest mit dem Heilmittel.
In dieses Projekt, das schon lange die fähigsten Köpfe des Reiches beschäftigt, hat jetzt seiner Verwirklichung entgegen: es sollen einmal die Rabinerinsel mit der Ratowiese durch die Pulverbrücken mit der Ratowiese durch die eine Fußbrücke verbunden werden. Der Auftrag zur Ausführung der Arbeiten soll einer privaten Baufirma erteilt werden mit der Verpflichtung, daß mehrere Zimmerlehnungsbesitzer beauftragt werden, die ihre Schreier nicht hätten abschließen können. Bei dem Brückenbau soll ihnen nun dazu Gelegenheit gegeben werden. Die Zahl der beauftragten Zimmerlehnungsbesitzer wird sich auf rund 20 belaufen.
Der Arbeiterauftrag lautet auf rund 6500 Mark. Das Geld für den Brückenbau ist schon vorhanden, es werden die Räume verwendet, die für den Rabinerinsel wegen des Unwetters gefährdet werden mußten. Mit den Bauarbeiten soll demnächst begonnen werden.
Ratowiese mit dem Brückenbau gehen Maßnahmen, die den Aufenthalt auf der Rabinerinsel im Sommer angenehmer gestalten sollen. Man geht nämlich den Brücken durch Anlage von Abflugsgräben zu.

Verbindliche Ermittlung

Wettern sollte in der Rabinerfrage eine Transparenz hergestellt werden. Die Arbeiterbewegung weigerte sich aber, sie auszuführen und führte wieder ab. Die Ermittlung ist infolgedessen nicht fast.
Wittros bildete sich in der Wärmiger Straße wegen einer Ermittlung eine Anwesenheit von etwa 50 Personen, die vom Überfallkommando gesteuert wurde. Als ob es sich um einen Überfall handelte, liefen etwa 50 Menschen neben dem Wagen her und sangen die Internationale. Die Menge gesteuert sich beim Eintreffen des Überfallkommandos.

„Die Sonntagskoller“

Unter dieser Überschrift bringt das holländische Nachrichtenblatt in seiner gestrigen Ausgabe folgende Notizen:
„Die Sonntagsmacht hat es in sich, davon weiß das Überfallkommando ein Lied zu singen. Zu müde es in einem Volal in der Bernburger Straße eindringen, um mehrere Personen einen Schwere zu erschießen. Die ersten Eintreffenden der Polizei hätten sie bereits das Weite gebracht. Nach einer Viertelstunde bemühen dieselben Verdächtige die Polizei in ein danebenliegendes Lokal, sie vertrieben aber auch hier auf eine nähere Bekanntschaft mit der Polizei.“
„Es ist wahr doch eine Nazi-Feitung schreiben und kritisieren kann, wenn sie nicht die Wahrheit in die Welt polieren wollen.“
„Die Polizei ist die in dem Trance, den den Lokalität dieses Mordes wenigstens quantitativ zu beleben, etwas journalistisch umgeformt wurde — besteht sich nämlich auf eine

Weißes Zahn: Chlorodont

Die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pl. und 80 Pl. Weissen Sie Jeden Ersatz dafür zurück.

Gummil-Sohlen mit Nodica. enorm haltbar! für Damen 30,- für Herren 50,-, einsch. Gebrauchsanweisung, Gummilösung u. Sandpapier. Fahrrad-Motor Schmeersir. I

Der Mann mit dem Jagdschein

Roman von Georg Straliker
Copyright by Carl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

Der Reporter nimmt die Nacht in Empfang. „Da bin ich gerade noch zu recht.“ Zeit mehr gekommen“, sagt er, „und nun beruhige ich dich. Ich bin es ja wirklich! Doch was lachst du? Sie haben mir einen falschen Jagdschein gegeben!“ Er hatte doch Nummer 89 und nicht 63!“ „Der fröhliche Appartements, Herr Emut“, erfuhr der Reporter verlegen, „haben wir anderweitig verpackt, das Sie in der Redaktion des Reichsboten Zeitschriftler werden hätten. Ihr voriges Gepäck wurde nach einer Untersuchung durch Kriminalkommissar Sie zur weiteren Verhaftung in den Zerkammern verpackt. Ich werde es Ihnen durch den Hausdiener sofort hinaufbringen lassen. Vielleicht begnügen Sie sich auf einige Tage mit Nummer 63.“ „Ja, schon“ sagt Emut, „aber belegen Sie sich damit. Ich will mich richtig umgeben, denn mit diesen zerfahrenen Zeug kann ich doch nicht auf die Straße gehen. Und ich habe wenig Zeit zu verlieren.“ „Dann läßt er sich von dem Stützmann im Aufzug hinaufheben, während er die ihm eingelegene Post nach durchsieht. Ein schweres Buch fällt ihm auf. Er erkennt sofort Zinters Schriftzüge, die seinen eigenen tausendfältig ähnlich sind. Dieser Brief muß gewiss die Lösung des Geheimnisses enthalten.“ „Emut öffnet ihn, bevor er noch sein Zimmer erreicht hat. Die Ungeheul ist zu groß. Zinters lebt also noch? Und wenn er lebt — wen trauer man dann unter Emuts Namen zu Grabe? Wer hat in der Redaktion des „Reichsboten“ Selbstmord verurteilt? Was soll dies alles bedeuten?“ Der Reporter wirt über Emut einen Blick auf das Datum des Schreibens. Der Brief war noch Samstag zwischen sieben und acht Uhr abends aufgegeben worden. Er ist tatsächlich von Zinters. Aber erst nachdem der Hausdiener das Gepäck ins Zimmer gestellt und mit einem kurzen Grube wieder gegangen war, beginnt Emut mit der Lektüre.

Museumsbesichtigung stößten SA und SS im Rathausraum Schmach in der Bernburger Straße. Die SA-Seite beschimpfen einige SS-Studenten, die im Lokal anwesend waren, um zu sehen, ob sie nicht auch für die Sache trafen wollten. Die Polizei mußte beigetragen werden.
Es ist von ganz besonderem Reiz, daß auch mal ein Mitglied der SA, jenseitlich, das für „vor der Polizei das a Waffe lauchte“.

Leuzere Gesellschaft

Ein Jahr Jubiläum wegen Weins.
In der ersten Verhandlung der S. Schwärzgeritz 1926 unter dem Vorsitz des Landratschreibers Rummel fand am Montag der nächste Freier Wilhelm Jungmann aus Hohenbrunn vor den Geschworenen. J. von Beruf gelernter Zimmermann, betreibt in Hohenbrunn zusammen mit seinem zehnjährigen Schwager Camilla eine Freiererei. Dieser Schwager ist von Beruf Fleischer und soll bei J. beschäftigt sein. Vor seine Tätigkeit soll er angeblich seinen Buben erhalten und nun gegen Stoff und Logis arbeiten. C. hat nicht nur von der Schwägerin der Anwesenheit in ansehnlicher Form, sondern auch ein 1925 geborenes zweites außereheliches Kind von einem anderen Weins. Für dieses Kind entzog sich C. dauernd der Unterhaltspflicht, so daß dessen Vormund zunächst an seinen „Arbeiter“, den damals Wirtin genannt, einen Wirtin überließ, welche, auf den man aber nicht rechnen konnte. In einem anschließenden Strafverfahren wegen böswilliger Unterlassung der Unterhaltspflicht wurde der „Wirtin“ Camillas in Halle verurteilt, weigerte sich erstmalig überhaupt, einen Eid zu leisten und machte beim zweiten Male eine so plumpe und bunte eblische Auslegung, daß der geschworene Weinsid auf dem Stand zu greifen war.
Der Verzicht, den zulässigen Schwager von der lästigen Unterhaltspflicht zu befreien, erbat nunmehr der noch Schungerecht. Das Urteil lautet auf 3 Jahre 6 Monate und 3 Jahre Ehrverlust. Eine teuer bezahlte Gefängnisstrafe.

Unberücksichtigter Betrüger

In der Person des Chemikers Heinrich Schmidt hand am Montag ein alter Betrüger das Geschiebe von der falschen 2. Strafkammer. Zugunsten wieder eine ganz neue Verurteilung. Inmitten fallen nun stachelig verdienstliche Firmen zur Vorklage. Sch. hatte die immer Waren von teils sehr erheblichem Wert, wie beispielsweise Laboratoriumsgegenstände im Betrage von 7000 Mk. gestohlen, aber jeweils die Beschaffung von diesen Gütern durch ein überaus verständig hohes Strafe von 4 Jahren Zuchthaus, 150 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Straßenbahnfahrer tagten in Halle

Die Vereinigung der Straßenbahntriebleiter, Sch. und Wirtin, der Reichsbahn-Eisenbahnen für Straßenbahnfahrer und der Gruppe Mitteldeutschland des Arbeitgeververbandes hielten in Halle ihre Herbsttagung ab. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag über das Thema „Gedanken über die Notlage der Verkehrsbetriebe“, in dem die Teilnehmer über die Notlage mit denen der Straßenbahnen berichtigten wurden.
Beim Einbruch gefährt. In einer Vortragsveranstaltung sind denjenigen gelassen, die nicht Einbrecher die Fensterhaken, um in die Wohnung einzudringen. Ihr Vorhaben wurde bemerkt und das Überfallkommando alarmiert. Die Diebe waren aber inzwischen geflüchtet.

Reunungsmanjigtes Kapitel

„Sieber Herr Emut!“
In dem Augenblicke, da Sie diese Abschiedsworte zu Gesicht bekommen, bin ich nicht mehr unter den Lebenden. Untere gelungene Unterhaltung hat mich zu meinem Entschluß bestimmt. Und dieser Entschluß ist, daß ich Sie, Herr Emut, auf dieser Welt nicht mehr verlorene habe. Solange ich nur das Problem reize und nicht der Besitz an sich, konnte ich dieses geliebte Leben recht und schlecht weiterführen. Jetzt ist es anders geworden. Ich habe Rita Walminger geliebt. Obendra Sie es nur. Emut! Und darum habe ich Ihnen gesagt, wie die Welt werden soll. Meine Zierherbe, den Raubfisch der Polizei zu tragen, ist geschehen. Ich bin glücklich geworden, ich bin glücklich, nun weiß ich selbst an meinem Verband. Und damit ist für mich das Ende gekommen.
Sie haben mich meiner letzten Hoffnung, meiner letzten Zuversicht, meines einzigen, großen Glaubens beraubt. Ich trage Ihnen diese bittere Enttäuschung nicht nach. Ich habe ein, das es so kommen mußte. Ich habe erkannt, daß ich weder von Rita noch von Ihnen etwas fordern darf, was Sie nicht leisten können. Und ich bin bereit, alles zu tun. Ich habe dieses Verbrechen getan. Ich rühre, Ritter Emut, leben Sie wohl. Sie wollen in Einklang Ruhe vor mir haben. Ich werde Ihnen keine Hindernisse mehr in den Weg legen. Meine Unannehmlichkeiten werden Sie nicht mehr haben. Wilhelm Bratt, John Altes, Oswald Thoren, Zinters — sie alle sollen vor und begeben sein. Aber einen einzigen Wunsch müssen Sie mir erfüllen! Ich erlaube Ihnen, daß Sie für einige Tage nach dem Reichsbote gebären sind. Ich werde diesen Umstand benutzen, um heute noch als der Geschickter Emut in der Redaktion des „Reichsboten“ zu erscheinen, und in Ihrem Zimmer eine Regel durch den Kopf schießen. Ich will wenigstens im letzten Augenblicke meines Lebens ab der geben, der zu sein ich nicht immer begehrt habe. Ich will als Robert Emut sterben, um mit wenigstens einem würdigen Namen zu sterben. Er ist für Ihre Sache, den ich Ihnen spiele, spielen muß, da ich jeden Augenblick fürchte, von der Polizei verhaftet zu werden. Ich bin nicht mehr Wilhelm Bratt noch John Altes noch Oswald Thoren noch Zinters noch Klamm, als den ich mich zu gut polizeilich annehmen mag. Und ich habe Emut. Sie sollen den lebenden Robert Emut bleiben. Ich bin der tote. Die

Tragt meine Briefe aus Land

Bei den Arbeitsoffizieren der letzten Jahre hat die Volksbewegung immer eine unerschütterliche Rolle gespielt, dadurch, daß sie einen besonders großen Ansehens Nationalsozialisten in der Nationalsozialistischen Partei waren. Das vorbringen des Volkstreuhermanns zur geringen Schwärze und Weidenburg erklärte die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Ausdruck des „Zweiten Reiches“ einsehens.

Ein Vierteljahr nach jenem 31. Juli, der den Höhepunkt der braunen Hysterie darstellt, am Tage der zweiten Reichstagswahl, zeigte sich, daß besonders auf dem Lande die Nationalsozialisten die Massenbewegung für sich heranziehen konnten. In stärkerem Maße als in der Stadt gelang es, die ehemaligen Rasenwähler der „nationalen Rechte“ zu erhalten. Das ist zurückzuführen auf die jahrelange Vererbung der Landbesitzer, gegen den „Marxismus“ die Nationalsozialisten der Landarbeiter und Bauern gegen sozialistische Gebirgsbewegung müssen wir heute durchbrechen. Gerade heute, denn der Traud der Krise selbst eben so sehr auf dem Bauern, der für seine Hände Arbeit einen Spott verdient, wie auf dem Arbeiter, der in der Arbeit oder nicht, der sie nicht kaufen kann.

An diesem Vorhof muß aber die sozialdemokratische Presse mitwirken, denn eine gut verbreitete sozialdemokratische Presse bringt immer für eine starke und feste Position der Sozialdemokratie. Darum: Laßt unsere Zeitung auf Land! Verdrängt die „antipolitische“ Presse, die nur den Interessen der Deutschnationalen und Nazis dient und die Landbevölkerung in ihrem Haß gegen den Marxismus erhalten will, und setzt an ihre Stelle die sozialdemokratische Presse.

O. B., ein kleiner Funktionär.

Wer hilft den Wohlfahrts-Erwerbslosen?

Die aus den uns immer mehr zuehenden Klagen von Wohlfahrts-Erwerbslosen hervorgeht, werden die privaten und öffentlichen Wohlfahrts-Erwerbslosen in der Praxis auf, solche Erwerbslose zu bezuzagen, die eben erst abgebaut worden sind. Erwerbslose, die ein Jahr, zwei oder drei Jahre lang ohne Beschäftigung sind, werden abgebaut mit der Begründung, sie seien „anlange der Arbeit unfähig“ und daher nicht mehr tauglich. Die Zeitragenden bei diesem unsozialen Vorgehen der Unternehmern sind neben den langfristigen Erwerbslosen, denen damit immer mehr die Aussicht schwindet, wieder Arbeit zu finden, die Gemeinden, die diese Arbeitslosen unterhalten müssen. Dabei haben zahlreiche Gemeinden geradezu erschreckende Zahlen für den Wohlfahrts-Erwerbslosen hauptsächlich vor dem Zusammenbruch.
Sätten wir noch eine sozial eingestellte Regierung, dann wäre es bestimmt ein leichtes, entsprechende Anordnungen zu treffen, um hier eine Besserung der Verhältnisse zu bewirken. Unter der „antipolitischen“ neuen Staatsführung — das dürfte das ziemlich aussichtslos sein. Die Regierung fördert eben nur die „freien, ungebundenen Kräfte der Wirtschaft“. An der oben gesagten Praxis der Unternehmern erkennen wir das Wirken dieser „ungebundenen“ Kräfte, der

Stärke des Kapitalismus, des vom Profitinteresse diktierten Privatkapitalismus. Allen, die darunter leben müssen, sei jeder gesagt, daß der Ausweg aus ihrer verarmten Lage nur dadurch gefunden werden kann, wenn sie mitbewirken, daß die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundene organisierte Arbeiterbewegung gestärkt wird. Damit sie wieder maßgebenden Anteil an der Staatsführung bekommt. Das alles, was sich jetzt abspielt, ist der Klassenkampf von oben, organisiert und geleitet von der Regierung der Bourgeoisie. Er kann nur gebrochen werden durch den Klassenkampf von unten, das ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten, verkörpert in gebildeten und starken Arbeiterorganisationen.

Marsch in der Kirche

Widms an dem Friedhof

Von einem Besucher, der am Totenonntag das Grab eines Angehörigen auf dem Trothaer Friedhof besuchte, das wird uns geschrieben:
„Die Beerdigten am Montag, daß die Nationalsozialisten am Totenonntag in der Kirche zu Trotha „Kirchengang“ hatten. Das rührt offenbar daher, weil der dortige Pfarrer ihnen unspañhiert. Er soll sich zum Ziele gesetzt haben, Trotha von den „Roten“ zu befreien. Deshalb ist wohl feinerzeit auch das neue protestantische Gemeindehaus neben der Kirche errichtet worden, das zu den erkrankten Wohnungs- und Schulverhältnisse in diesem Stadtteil in freireichem Widerspruch steht. Genau denselben Widerspruch muß man leider auch feststellen, wenn man dem Friedhof einen Besuch abstattet. Er unterliegt bekanntlich in Trotha der Klagen der Erben, die die Gräber befinden, macht er einen sehr vermischten Eindruck. Nicht nur, daß die Wege und älteren Gräber total von Gras überwachsen sind, behindern Geden- und borniges Gesträuch den Zugang für die Besucher, sondern die Gräber selbst sind teilweise teilweise sehr unruhig übrig. Es wurde bestimmt verbleibend sein, wenn die „aufkommenen“ Kräfte des Herrn Pfarrer sich einmal der angedeuteten notleidenden Kirchengemeinde zum Arbeitsdienst zur Verfügung stellen und den Friedhof herrichten würden, statt ihren neuen Uniformen des Sonntag zur Schau zu stellen. Der eine Kirchendiener, der zugleich auch den Friedhof zu verwalten hat, kann diese Arbeit eben nicht allein schaffen.“

Wir haben uns von der Berechtigung der vorstehenden Festlegungen an Ort und Stelle überzeugt. Zwei Drittel des Trothaer Friedhofes, magen bestimmt seinen würdigen Eindruck. Unser grundsätzlicher Standpunkt ist der, daß man die Friedhöfe überhaupt reiflos der Stadterhaltung unterstellen soll, dann wird dafür Sorge getragen werden können, daß die Ordnungsgemäß gepflegt werden. Im Zuge sind alle Weichen gleich, daher ist es nur recht und billig, wenn diese letzten Ruhestätten von der Allgemeinheit, die dazu in der Lage ist, influenza gehalten werden. Mit dem Sonderrecht einer Kirche muß endlich überall gebrochen werden.

Und so nehme ich Abschied von Ihnen und von der übrigen Welt. Mein Schatten soll Sie nicht mehr begleiten, kein über Verdadet mehr besorgen. Was zur Aufführung meiner Persönlichkeit nötig ist, Herkunft, wahrer Name, Adresse des Wohnortes, der bei dem ich das Testament hinterlegt, ist in dem beiliegenden, ausführlichen Schreiben an das Berliner Polizeipräsidium enthalten. Meine Angehörigen bitte ich kurz von meinem erfolgten Ableben zu verständigen. Dem Hausbesitzer in der Halbratte, dessen Haus ich angedeutet soll der Schaden ersetzt werden. Dem Polizeikommissar Schatz, auf dessen Veranlassung ich im feinerzeit nach der Nation zu freierbestin wieder entlarft wurde, folgen Sie bitte die beiliegenden Zettel auf zwanzigtausend Dollar aus. Er soll es nicht mehr notwendig haben, auf Verbrecher und Verdächtige Jagd zu machen und Unschuldige zu erschrecken. Er soll sich zur mobilitärenten Jagd legen und meinen Dank erkennen, das er ausnahmsweise lieber einen Schuldigen laufen läßt, statt einen Unschuldigen einzusperren. So etwas muß belohnt werden!

Ihnen aber, lieber Emut, mit dem mich eine trostvolle Bekanntschaft seit zu einer Schiffs-Gemeinschaft führte, die besten und aufrichtigsten Wünsche für eine weitere, erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Volkswirtschaft. In mir ist ein großer Vertrauensverhältnis entstanden, das ich wieder wahrhaftig großen Teil der Grenzen dieses Daseins zu eng. Man pferre sie ein oder man gibt ihnen den Jagdbüchlein. Ihre Talente müssen nutzlos verflammen.

Leben Sie wohl, Ritter Emut! Das ist mein letzter Wort. In wenigen Stunden werde ich mit durchschweifendem Herzen in Ihrem Redaktionsstübchen liegen. Aber mein Herz ist schon gekehrt abend gedreht. Es schlägt kaum mehr. Es schlägt sich nach Ruhe, nach Frieden.
Der sterbende Emut grüßt den lebenden!“

Dreißigstes Kapitel

Eine Stunde später betritt Emut das Zeitungsgebäude des „Reichsboten“, frisch rasiert, den Mund ein wenig verneilt, das unermüdliche Einglas ins Auge geklemmt, den Kopf noch immer verbunden, den linken Arm in der Schlinge. Der Portier glotzt und läßt ihn passieren.
(Schluß folgt.)

Schokoladenwagen abgebaut
Der Schaden beläuft sich auf 30 000 RM.
Auf der Weissenfelder Chaussee verlor...

Schaffer D. sieht gegen die Einführung der Bürgersteuer - Sozialdemokratie sorgt für Kinderpeinigung
Wohl selten ist der Gemeindevorsteher in Leuna...

Wohlfahrt für die Arbeiter
Die Arbeiter, die der 65 Erwerbslose ein Jahr lang beschäftigt...

Staatliche Hilfe
Staatliche Hilfe Gemeindevorsteher Cornely der...

Ein fruchtiger Nebst
Deutschland steht im Jahre 1930 bei 278...

Der Staatsanwalt beantragt 12 Jahre Zuchthaus
Gericht erkannte gegen beide Angeklagten auf Freispruch...

Wohlgeleitete die ihnen zur Last gelegte Tat.
Richtig war nur von keinem der Belastigten...

Stimmliche in dieser Hinsicht für sämtliche
60 Stieber beschließen.
Es wird also den Stiebern...

Wehliker Lohngebrand vor den Richtern

Der unter funktionellen Umständen verübte
Lohngebrand am 5. Oktober 1932 in der
Wehliker Papiermühle fand am Montag...

Die mit aller Gründlichkeit durch den Amts-
gerichtsrat Samprich geführte Verhandlung...

Die mit aller Gründlichkeit durch den Amts-
gerichtsrat Samprich geführte Verhandlung...

Die mit aller Gründlichkeit durch den Amts-
gerichtsrat Samprich geführte Verhandlung...

Die mit aller Gründlichkeit durch den Amts-
gerichtsrat Samprich geführte Verhandlung...

Die mit aller Gründlichkeit durch den Amts-
gerichtsrat Samprich geführte Verhandlung...

Die mit aller Gründlichkeit durch den Amts-
gerichtsrat Samprich geführte Verhandlung...

Die mit aller Gründlichkeit durch den Amts-
gerichtsrat Samprich geführte Verhandlung...

Hallisches Stadttheater

Ein harter künstlerischer Erfolg war das erste
Konzert des Hallischen Sinfonieorchesters...

Die Sinfonie D-Moll, op. 120, die eigentlich
als zweite Sinfonie komponiert, aber erst nach...

Die Sinfonie D-Moll, op. 120, die eigentlich
als zweite Sinfonie komponiert, aber erst nach...

Die Sinfonie D-Moll, op. 120, die eigentlich
als zweite Sinfonie komponiert, aber erst nach...

Die Sinfonie D-Moll, op. 120, die eigentlich
als zweite Sinfonie komponiert, aber erst nach...

Die Sinfonie D-Moll, op. 120, die eigentlich
als zweite Sinfonie komponiert, aber erst nach...

Die Sinfonie D-Moll, op. 120, die eigentlich
als zweite Sinfonie komponiert, aber erst nach...

Die Sinfonie D-Moll, op. 120, die eigentlich
als zweite Sinfonie komponiert, aber erst nach...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219321122-10/fragment/page=0005



